

## Presseinformation

Nr. 628/2011

Kiel, Donnerstag, 15. Dezember 2011

Energie / Offshore-Aktivitäten



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Oliver Kumbartzky: Bewährte Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern müssen erhalten bleiben

In seiner Rede zu **TOP 41+44** (Grüne Sicherheit von Offshore-Aktivitäten in Europa gewährleisten) sagt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Europa ist weltweit eine der größten öl- und gasfördernden Regionen. Unstrittig ist, dass es auch in Zukunft aufgrund des wachsenden Energiebedarfs verstärkt Erdöl- und Erdgasförderungen aus dem Meeresboden geben wird.“ Es gelte dabei, zu verhindern, dass es zu Unfällen wie bei der Ölbohrplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko komme. Möglichen Gefahren müssten angemessene Standards entgegengesetzt werden, fordert Kumbartzky.

„Es ist unbestritten, dass Sicherheit bei allen Offshore-Aktivitäten – egal wo – an oberster Stelle stehen muss. Die zum Teil sehr unterschiedlichen Standards der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten sollten auf einem hohen Niveau vereinheitlicht werden. Der vorgelegte EU-Vorschlag ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu sichereren Offshore-Aktivitäten in Europa.“ Die Sicherheit beim Betrieb von Offshore-Anlagen und Transitrohrleitungen, die zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen eingesetzt werden, müsse auf höchstem Niveau und unter der Berücksichtigung der jeweils aktuellen Risikoeinschätzung gewährleistet sein.

„Hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips teilt die FDP-Fraktion die Bedenken der Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die in der EU-Verordnung bisher genannten Anforderungen an die Organisation und die operativen Verfahren der zuständigen Behörde stellen einen ungerechtfertigten Eingriff in die Organisationshoheit der Länder dar.“ Entsprechend der festgelegten Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern seien ausschließlich die Länder für die Wahrnehmung der besagten Aufgaben zuständig. Diese Organisationsform habe sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Verwaltungspraxis bewährt. Daher bitte die FDP-Fraktion die Landesregierung darum, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die bewährten Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern für die Wahrnehmung dieser Aufgaben erhalten blieben, erklärt Kumbartzky abschließend.